

## **Haushaltsrede Landrat Dr. Kistler**

8. November 2023 – Kursaal Bad Säckingen

### Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten, liebe Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte, liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 28. Oktober haben wir im Kursaal von St. Blasien dem renommierten Soziologen Professor Hartmut Rosa aus Grafenhausen die Goldene Medaille des Landkreises verliehen. Es war eine Sternstunde – und ich füge an: es war nicht der einzige Stern, der in diesem Jahr am Firmament des Landkreises Waldshut geleuchtet hat.

Doch bevor ich mich den Glanzlichtern und Hoffnungsschimmern zuwenden kann und möchte, müssen wir ins Tal der Tränen hinabsteigen.

Hartmut Rosa beschrieb in seinem Vortrag in St. Blasien die Welt als „ein Feld von Optionen und Hindernissen“. Ich möchte diesen Gedanken aufnehmen. Wer die Weltlage und mehr noch die Stimmungslage in der Welt betrachtet, der ist geneigt zu sagen: Die Hindernisse sind übermächtig geworden und verstellen den Blick auf die Optionen. Vor kurzem habe ich gelesen, dass 70 Prozent der Menschen weltweit denken, dass es nachfolgende Generationen einmal schlechter haben werden als sie selbst. Das ist ein trauriger Blick auf die Zukunft, der gespeist ist von den Erfahrungen der Gegenwart: der Krieg in der Ukraine, der Krieg im Nahen Osten, und die Auswirkungen des Klimawandels sind in einer globalisierten Welt im kleinsten Dorf spürbar.

Doch ich glaube, es sind nicht nur diese politischen Erschütterungen in der Welt, die auf die Gemütslage der Menschen drücken. Mir scheint, viele Menschen ahnen, dass sich etwas Grundlegendes wandelt – und zwar nicht nur in der fernen Welt, sondern ganz konkret in ihrem Leben. Daraus erwachsen Angst und Pessimismus – ob dies nun berechtigt ist oder nicht. Tatsache ist, es drückt auf die Stimmung und jeder von uns hier spürt: die Atmosphäre hat sich verändert. Ich glaube, es geht nicht zu weit, zu sagen: auch das soziale Klima steckt in einer Krise!

Dies ist nicht nur der sogenannten Flüchtlingskrise geschuldet, nicht nur, aber eben auch. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Die Bürgerinnen und Bürger erleben ihr Gemeinwesen insgesamt am Anschlag... vieles ist nicht mehr nachvollziehbar, etwa die Zeit zur Realisierung von Projekten! Notwendige Infrastruktur fehlt, es fehlen Betreuungsplätze in Kindergärten, die Situation in manchen Schulen ist schwierig. Umso mehr bin ich unseren Städten und Gemeinden dankbar, dass wir bei der Unterbringung der Geflüchteten eng zusammenarbeiten und Lösungen suchen. Doch wir sind längst an den viel zitierten Grenzen der Kapazitäten: Wohnraum ist knapp und nur noch schwierig

verfügbar, Wartezeiten auf Sprachkurse sind zu lang. Die Wahrheit ist auch, dass die Integrationskraft der Gesellschaft auch Grenzen hat. Wir müssen das, was schlecht läuft, auch benennen können und dürfen. Unsere kommunalen Spitzenverbände Gemeinde- und Landkreistag sind dabei wichtige Sprachrohre für uns.

Für mich liegt der Schlüssel im Umgang mit den Flüchtlingen in den Prinzipien von Humanität und Ordnung. Das Begriffspaar stammt nicht von mir, sondern aus der bundespolitischen Diskussion. Ich halte es aber für zutreffend. Zu diesen Prinzipien müssen wir stehen und sie anwenden: Humanität mit den zu uns flüchtenden Menschen bewahren und Hilfe leisten, aber eben auch zu geordneten Verhältnissen kommen – zügige Verfahren, wer keinen Asylgrund hat, muss zurückgeführt werden, irreguläre Migration ist einzudämmen, Verteilung von Flüchtlingen in die Städte und Gemeinden nur, wenn eine Bleibeperspektive vorhanden ist.

Ich möchte außerdem einen für mich und alle baden-württembergischen Landräte zentralen Punkt hervorheben, den wir gemeinsam formuliert haben: Es muss für Schutzsuchende eine Verpflichtung zur Annahme – auch gemeinnütziger – Arbeit geben! Wer die Chance hat, hier zu bleiben, wer hier ist, muss sich in unsere Gesellschaft einbringen.

Gleichwohl gilt es zu betonen, dass die veränderte Stimmungslage im Land nicht allein durch die Flüchtlingskrise begründet ist. Dieses Gemisch aus Ängsten und Bedenken, das die Atmosphäre beeinflusst, machen wir ja nicht nur in der Bevölkerung aus, sondern auch in mancher Gremiumssitzung oder in den Verwaltungen und Behörden. Darum ist es genauso angebracht, sich selbst zu hinterfragen: Wo klagen wir zu viel? Wo verhindern Ängste einen innovativen Schritt? Wo verfolgen wir unsere eigenen Interessen und verlieren den Blick auf das große Ganze? Wo ist uns die Außenwahrnehmung wichtiger als die Ursache des Problems zu lösen?

Wenn Kommentatoren feststellen, dass eine übersatte Gesellschaft Angst davor habe, ihren Status zu verlieren, dann sind wir alle gemeint. Gesellschaft sind nicht die „anderen“, Gesellschaft sind wir alle. Umso wichtiger scheint mir, nicht in der Analyse stecken zu bleiben, denn das wäre gleichbedeutend mit dem Verharren im Tal der Tränen. Wenn nämlich erst einmal die Angst - oder auch ein latenter Unmut - die Macht über das Denken haben, dann wird es schwer, tragfähige Lösungen zu finden.

Trotzdem kann ich Ihnen in einer Rede zum Haushalt 2024, der ein Volumen von rund 320 Millionen Euro umfasst, nicht ersparen, noch ein wenig bei der Analyse zu bleiben. Diese Summe ist nämlich kein abstraktes Zahlenwerk, das aus den Wünschen der Verwaltung zusammengesetzt wurde, sondern ein Ausdruck der realen Gesellschaftspolitik, unter dem Strich sind diese 320 Millionen Euro eine Addition von Notwendigkeiten, Ansprüchen und Verpflichtungen. Entgegen der derzeitigen wirtschaftlichen Stimmungslage haben wir optimistisch geplant, d.h. wir gehen von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation aus.

Dennoch rechnen wir gegenüber dem Planjahr 2023 mit einem saldierten Mehrbedarf von über 20 Millionen Euro.

Ich spreche hier von Verpflichtungen. Nehmen wir als Beispiel den Sozialhaushalt, der mit 200 Millionen Euro an ordentlichen Aufwendungen den größten Teil des Gesamthaushaltes umfasst – konkret einen Mehrbedarf von 6,5 Millionen Euro. Die Gründe dafür sind neben der allgemeinen Kostensteigerung die Flüchtlingskrise, wenn gleich wir im Haushalt von voller Erstattung durch Bund und Land ausgehen. Das ist unsere optimistische und meines Erachtens auch berechnete Erwartung – ist doch die Aufnahme Geflüchteter eine staatliche Aufgabe, die wir als untere Aufnahmebehörde erbringen! Hinzukommt auch ein Mehrbedarf im Bereich des Eingliederungsrechts (4,5 Mio. Euro mehr) bei den Individuellen Hilfen für junge Menschen (1,5 Mio. Euro) und bei der Hilfe zur Pflege (1,3 Mio. Euro). Das sind keine verhandelbaren Leistungen – wir sind dazu verpflichtet. Wir sind auch hier optimistisch vorgegangen und haben zwar die Kostensteigerungen eingepreist, nicht aber eine große Fallzahlensteigerung.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Die Beschaffung von Maschinen und Geräten für den Straßenunterhalt und die Modernisierung der Straßenmeisterei in Görwihl-Segeten. 365 Tage im Jahr sichern die Mitarbeiter der Straßenmeisterei die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Dabei gilt es nicht nur Gefahren durch Sturm, Eis, Schnee abzuwenden, sondern auch die Straßen zu unterhalten – eben jene Infrastruktur zu sichern, die wir oft in den Reden fordern oder beklagen. Das wiederum setzt eine zukunftsfähige Straßenmeisterei voraus. Das bestehende Gehöft in Segeten ist 70 Jahre alt, eine Modernisierung unumgänglich. Auch hier sage ich: diese Kosten entstehen aus einer Verpflichtung heraus – nämlich jener zur Sicherung und dem Erhalt der Infrastruktur unserer Straßen. Wir wollen 2024 endlich in die Planung und darauffolgend in die Umsetzung kommen.

Lassen Sie mich noch ein drittes Beispiel anführen. Es ist für mich zugleich ein Beispiel, dass wir mit den enormen Summen, verantwortungsvoll – ja und ich sage auch -professionell - umgehen. Ich spreche von unserem größten und kostenintensivsten Projekt: dem Bau des Zentralklinikums und des Gesundheitsparks Hochrhein in Albrück. In diesem Jahr haben wir wichtige Meilensteine erreicht: Nach dem europaweit ausgeschriebenen Partneringverfahren haben wir mit Unternehmen VAMED Deutschland Holding GmbH einen erfahrenen und kompetenten Partner im Klinikbau an Bord geholt. Ebenso haben wir die Generalplanung Infrastruktur an die regionalen Unternehmen Tillig und Zink Ingenieure vergeben.

Die Realisierung eines komplexen Infrastrukturprojekts wie der Gesundheitspark ist ein Marathon. Wir haben unsere Etappenziele bisher Schritt für Schritt erreicht. Bereits im Mai wurde mit der Planungsphase begonnen. Bekanntlich ist „gut geplant, halb gebaut“ –und wir gehen davon aus, dass die Planungsphase bis Mitte 2025 abgeschlossen ist. Sie umfasst ein

Auftragsvolumen von insgesamt 23,9 Millionen Euro und wird zu einem guten Teil im Haushaltsjahr 2024 fällig. Für die Steuerung des Projekts ist der enge Austausch zwischen allen Akteuren - vom Sozialministerium über die Planer bis hin zur Standortgemeinde Albrück - von zentraler Bedeutung. Es war deshalb notwendig und ich bin auch stolz darauf, dass wir ein kompetentes Projektteam in der Verwaltung und mit externer Unterstützung aufgebaut haben. Das erste Drittel des Marathons haben wir jedenfalls erfolgreich hinter uns gebracht und die gute Botschaft - meines Erachtens in einer Zeit der Verwerfungen gerade im Baubereich eine beachtliche Leistung - bisher ist: „Wir sind weiter im Plan!“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

in meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich die überbordende Bürokratie beklagt, die uns lähmt und Kräfte bindet. Seither ist nicht viel geschehen - oder positiver gesagt: immerhin werden wir gehört. Der Begriff „Bürokratieabbau“ halt nun auch in der Echokammer von Bund und Land wider. Fairerweise muss man anfügen: das Land Baden-Württemberg ist sich der Problemlage bewusst und hat eine Entlastungsinitiative gestartet. Dabei sollen alle Bereiche identifiziert werden, in denen Entbürokratisierung, Deregulierung und Verschlinkung von Verfahren möglich sind. Ein Schritt in die richtige Richtung. Die Frage ist nur: wie schnell werden diese Ergebnisse in konkrete Maßnahmen umgesetzt? Wann spüren wir eine Veränderung und Entlastung?

Lassen Sie uns noch ein wenig genauer hinschauen: eine föderale Demokratie wie die deutsche wird oft mit einem Haus verglichen. Verschiedene politische Ebenen, die verschiedene Funktionen und Aufgaben innehaben. In den letzten zwei, drei Jahren hat sich nicht nur bei mir, sondern bei vielen Verantwortlichen auf kommunaler Ebene, der Eindruck verstärkt, dass dieses Haus sanierungsbedürftig ist. Um das zu verdeutlichen bleibe ich noch ein wenig bei diesem Bild aus der Bauwirtschaft.

Wir bekommen von Bund und Land jede Menge Bausteine geliefert, tagtäglich werden es mehr. Der eine Stein passt dann plötzlich nicht mehr mit dem zuvor gelieferten zusammen oder schlimmer noch, es wird uns auch der Zement vorgeschrieben, mit dem wir die Steine zusammenfügen dürfen und in welchem Abstand die Steine zu setzen sind. Mal abgesehen davon, dass uns die Arbeiter auf der Baustelle ausgehen, verstärkt sich der Eindruck: wo ist die Planung? Wie soll dieses Haus aussehen? Mit dem Weiterreichen von Bausteinen ist die kommunale Ebene nicht nur überfordert, man nimmt ihr dadurch auch den für sie so wichtigen Gestaltungsraum.

Eines ist mir bei dieser Klage, die sich vor allem an Bund und Land richtet, wichtig: die kritische Selbstbetrachtung. Fassen wir uns an die eigene Nase - wir sind Teil dieser Bürokratie. Wir sind das Land mit der beschränkten Haftung. Wir wollen die 100 prozentige Sicherheit und die Verantwortung sollen die anderen übernehmen. Diese Haltung müssen wir ändern. Wer Entbürokratisierung will, muss nichts Geringeres als die Kultur verändern. Das

heißt Fehler zulassen, Mut zur Lücke haben, bereit sein, zu korrigieren und flexibler und damit auch schneller in der Umsetzung werden.

Auch wir im Landratsamt werden uns dieser Transformation – denn letztlich ist es genau das - stellen. Wir werden uns fragen: wo sind Abläufe redundant oder gar unnötig? Wo gibt es Doppelspurigkeiten, die Mehraufwand verursachen? Wo können Synergien genutzt werden? Wo ist die Digitalisierung bisher unzureichend umgesetzt? und ja auch: wie kommunizieren wir mit den Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Behörden? welche Sprache ist adäquat und verständlich? Die Entbürokratisierung beginnt tatsächlich bei der Entrümpelung der Sprache. Wir werden im Landratsamt 2024 darauf Antworten geben!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe in vielen Reden vor Ihnen gesagt, dass es keine Alternative zum Optimismus gebe. Das bleibt mein Leitsatz. Und wenn Sie mich heute als unzufriedenen Optimisten erleben, dann hat das auch sein Gutes: Veränderung beginnt meist mit einer Form der Unzufriedenheit. Wir wollen nicht träge werden, sondern die geforderten Veränderungsprozesse anstoßen.

Ja, wir haben im neuen Haushalt einem saldierten Mehrbedarf von 20 Millionen Euro und sehen deshalb im Planentwurf 2024 eine Erhöhung der Kreisumlage von rund 9,5 Millionen Euro vor – damit würde der Hebesatz um 0,95-Punkte auf 32,40 Punkte erhöht. Dass wir dabei deutlich unter den Steigerungsraten der allermeisten Landkreise bleiben tröstet nicht. Und ob das zugemessene Budget des Entwurfs ausreicht, ist zudem sehr fraglich.

Dieser Mehrbedarf ist mit den Ihnen bekannten Gründen verbunden: 1. Die Tarifsteigerung bei den Löhnen im öffentlichen Dienst. 2. Den Mehraufwendungen im Sozialhaushalt. 3. Den konjunkturbedingt einbrechenden Erträgen aus der Grunderwerbsteuer und nicht zuletzt auch den inflationsbedingten allgemeinen Kostensteigerungen, die auch die öffentlichen Haushalte zusätzlich belasten.

Der Finanzhaushalt 2024 sieht außerdem ein Nettoinvestitionsvolumen im Kernhaushalt von über 10 Millionen Euro vor, das etwa zur Hälfte mit neuen Kreditaufnahmen finanziert werden muss – ein Investitionsvolumen, das meines Erachtens bei unserem Gesamthaushaltsvolumen deutlich zu gering – auch wenn wir alle Zukunftsfragen kraftvoll angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

wir reden hier nicht nur von Ausgaben, sondern von Investitionen für die Gegenwart und Zukunft. Nehmen wir als Beispiel die Breitbandversorgung. Den Backbone haben wir fertig gebaut und erweitern ihn nun hin zu den Mobilfunkmasten. Oder nehmen wir ein anderes großes Infrastrukturprojekt: die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Wir haben dort einen Kostenstand von 330 Millionen Euro, derzeit läuft die Aktualisierung im Rahmen des

Förderantrags 2024, den wir an den Bund stellen. Ein wichtiges Datum ist für uns aber der 18. Dezember 2023. Dann nämlich soll im Beisein von Verkehrsminister Hermann im Schloßle in Laufenburg der sogenannte Realisierungs- und Finanzierungsvertrag von allen Beteiligten – inklusive der Schweiz – unterzeichnet werden. Dies ist ein Meilenstein für den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Basel-Waldshut-Erzingen. Ich bin wirklich froh, dass es mit den vielen Partnern über Landes- und Landkreisgrenzen hinweg, aber auch mit den beteiligten Gemeinden im Landkreis gelungen ist, eine partnerschaftliche Finanzierungsregelung zu erreichen. Alle mussten sich bei den Kosten strecken! Für die bisher gute Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht eines entscheidend gewesen: der Wille aller Beteiligten, sich zu einigen und das Projekt umzusetzen. Ich kann Ihnen von Seiten Landkreis versichern: wir werden auch 2024 unsere ganze Kraft in das Projekt legen!

Ein anderes gutes Beispiel für das Miteinander ist die kommunale Gesundheitskonferenz. Hier sitzen Ärztevertreter, Kommunen und Landkreis an einem Tisch und engagieren sich für eine bessere medizinische Versorgung der Region. Ich bin zutiefst überzeugt: In der Zusammenarbeit liegt ein Schlüssel für die Lösung vieler regionaler Herausforderungen. Dieses Zusammenwirken darf jedoch nicht nur aufgrund von äußerem Druck entstehen, sondern muss aus der Überzeugung heraus erwachsen, dass wir gemeinsam stärker sind und Größeres bewegen können.

Gerade hier in Bad Säckingen nach der Besichtigung des Campus sage ich in Anbetracht der von der KV vorgesehenen Schließung der Säckinger Notfallpraxis, dass wir als Region zusammenstehen müssen. Wir werden zusammen in einem Runden Tisch der Akteure vor Ort versuchen, eine Lösung für die Versorgung unserer Bevölkerung zu finden. Ich sage an die KV gewandt aber auch deutlich: erfüllen Sie Ihre Aufgabe! Und ich verbinde die Erwartung an Land und Bund, die Sicherstellung der Versorgung durch die zuständige KV auch zu bewerkstelligen. Oder aber die Aufgabe (und die Mittel) neu zu vergeben.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

Wir alle sind schnell dabei, eine Kosten-Nutzen-Rechnung zu erstellen. Zu unserer Verantwortung gehört es aber auch, die Auswirkungen unserer gegenwärtigen Entscheidungen in einer längerfristigen Perspektive zu betrachten. Ich spreche deshalb gerade im Bereich des Klimaschutzes von gut investiertem Geld. Auf dem Weg zur Klimaneutralität hat der Landkreis wichtige Fortschritte gemacht. So wurden beispielsweise auf den kreiseigenen Deponien Anlagen installiert, die den Ausstoß von Deponiegas reduzieren. Das ist bedeutsam, weil Deponiegas schädlicher ist als CO<sub>2</sub>. Insgesamt stehen wir in Sachen Klimaneutralität im landesweiten Vergleich gut da. Im Wettbewerb des Umweltministeriums „Leitstern Energieeffizienz“ belegen wir Platz 11 von 38 teilnehmenden Landkreisen. Weitere Anstrengungen werden auch im kommenden Jahr notwendig sein.

Ich möchte noch ein letztes Beispiel von gut investiertem Geld anfügen. Die Kulturförderung ist kein großer Posten in unserem Haushalt. Wie wertvoll sie ist, habe ich dieses Jahr immer wieder erleben dürfen, bei Auftritten wie jenem des Autors Florian Illies im ausverkauften Schloss Bonndorf, aber auch bei der Ehrung von 117 Musikerinnen und Musikern des Blasmusikverbandes Hochrhein. Und nicht zuletzt vergangenen Sonntag, als das Verbandsjugendorchester im Rahmen des 50jährigen Kreisjubiläums in der Stadthalle Tiengen aufspielte. Wir erlebten 63 begabte junge Musikerinnen und Musiker aus der Region, die in unseren Musikschulen und Vereinen ausgebildet wurden, und erstklassige konzertante Blasmusik auf die Bühne brachten. Und noch eines war im Publikum spürbar: wie ansteckend Energie und Freude sein können. Wir brauchen mehr davon! Zu den Sternstunden in meinem Kalender gehörte auch die Eröffnung des Campus der Fachhochschule des Mittelstandes. Studieren im Landkreis Waldshut ist Realität – ein damit ist ein langgehegtes Ziel der Kreispolitik in Erfüllung gegangen. Stärken und entwickeln wir unsere neue Fachhochschule mit allen Akteuren, insbesondere auch unseren Betrieben und Einrichtungen, weiter!

Die Glanzlichter haben sich gut über das Jahr ja verteilt und sie schimmern immer dann auf, wenn ich den vielen engagierten Menschen in unserem Landkreis begegne und für deren Arbeit ich sehr dankbar bin.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir wichtig, mit einem positiven Grundtenor diese Rede zu beenden. Wenn es noch einen Gedanken braucht, um meine Intention zu verdeutlichen, dann diesen: Wir – die kommunalen Verantwortungsträger – brauchen noch mehr Pragmatismus im Umgang mit den uns zugewiesenen Aufgaben – und wir als Gesellschaft brauchen mehr Idealismus im Umgang miteinander!

In diesem Sinne übergebe ich den Haushaltsentwurf 2024 Ihrer Beratung und schlage Ihnen für heute vor, den Entwurf des Kreishaushalts 2024 und die Entwürfe der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Pflegeheim, Abfallwirtschaft sowie Gesundheitspark zur Einzelberatung in die Fachausschüsse zu verweisen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns wie eingangs zitiert stärker auf die Möglichkeiten fokussieren und die Hindernisse überwinden.

Vielen Dank.